

9. November 1938 – 9. November 2017

ES IST GESCHEHEN UND FOLGLICH KANN ES WIEDER GESCHEHEN. • Primo Levi

Aufruf zur Gedenkdemo

79 Jahre nach der Reichsprogromnacht Solidarität mit den Opfern des deutschen Antisemitismus und Rassismus.

17 Uhr am Mahnmal Levetzowstraße in Moabit

Gedenkkundgebung und antifaschistische Demonstration

<http://9november.blogspot.eu>



„Je weiter ich Richtung Ku'damm ging, desto mehr Menschen waren auf der Straße. Auf einmal knirschten Glasscherben unter meinen Schuhen. Als ich mich umsah, bemerkte ich, dass die Fenster aller jüdischen Geschäfte eingeschlagen waren. Vor einem Laden standen drei SA-Männer und schauten unbeteiligt ins Leere. Ich erinnere mich, dass sie in diesem Moment nichts Menschliches an sich hatten. Ich sah zu Boden und ging weiter. Ich wollte wissen, was geschehen war – obwohl ich das Gefühl hatte, dass mein Leben vorbei wäre, wenn unsere Blicke sich treffen würden.“

So beschrieb Margot Friedländer den 10. November 1938. Ihre Mutter und ihr Bruder wurden in Auschwitz ermordet; sie selbst überlebte die Shoah trotz Inhaftierung im Konzentrationslager Theresienstadt. Das Bild der Zerstörung, das sie zeichnet lässt erahnen, von welcher Gewalt die Nacht davor geprägt war. Am 9. November 1938 fanden die Novemberpogrome ihren Höhepunkt. In dem deutschen Herrschaftsbereich wurden jüdische Menschen ermordet, vergewaltigt, inhaftiert und verschleppt. Jüdische Geschäfte, Wohnungen, Gemeindehäuser und Synagogen wurden geplündert, zerstört und in Brand gesteckt. Auf den Straßen brach sich der gewalttätige deutsche Antisemitismus Bahn, der in der Nacht staatlich angestoßen und orchestriert wurde. SA und SS führten die Morde, Brandstiftungen und Verwüstungen an. Die nicht-jüdische Bevölkerung beteiligte sich an dem Pogrom oder stimmte mit ihrem Schweigen zu. Zum Anlass nahm die NSDAP-Führung die Tötung eines deutschen Botschaftsangehörigen in Paris. Herschel Grynszpan, der aufgrund des deutschen Antisemitismus nach Frankreich migriert war, gab mehrere Schüsse auf das Botschaftsmitglied ab, nachdem er von der Deportation seiner Familie nach Polen erfahren hatte.

Auftakt zur Vernichtung

Insgesamt wurden in den Tagen um den 9. November 1.300 Jüdinnen*Juden ermordet, über die Hälfte der Gebetshäuser und Synagogen in Deutschland und Österreich wurden zerstört. Ab dem 10. November erfolgte die Deportation von 30.000 Jüdinnen*Juden in Konzentrationslager. Die Pogrome waren der Auftakt zur Vernichtung. Bis zum 9. November 1938 hatte das nationalsozialistische Deutschland Jüdinnen*Juden Schritt für Schritt aus der Gesellschaft ausgegrenzt: mit Berufsverboten, Ausschluss aus den Universitäten, später mit den „Nürnberger Rassegesetzen“ sowie der „Arisierung“ jüdischer Unternehmen. Mit dem Überfall Deutschlands auf Polen 1939 begann die NS-Eroberungspolitik. Hinter den Truppen der Wehrmacht in Osteuropa folgten die deutschen Einsatzgruppen, die in Massenerschießungen Kommunist*innen und andere politische Gegner*innen, Jüdinnen*Juden, Rom*nja, Sinti*zza und andere als „Volksfeinde“ markierte Menschen, ermordeten. Osteuropa sollte als „Lebensraum“ „germanisiert“ werden. Die NS-Vernichtungspolitik gipfelte in der Shoah, dem industriellen Massenmord: Bis 1945 ermordeten die Deutschen sechs Millionen Jüdinnen*Juden.

German Gedächtnis

Der Sieg der Anti-Hitler-Koalition 1945 bedeutete für Millionen Verfolgte die Befreiung. Mit der Zerschlagung des nationalsozialistischen Regimes kam es noch in den 1940er Jahren zu den ersten Alliierten-Prozessen gegen einzelne Nazi-Täter*innen. Angesichts des geschehenen Unrecht war es nicht möglich die Taten in angemessene Worte zu fassen. Die damalige Rechtsprechung konnte kaum den maßlosen Verbrechen gerecht werden. Demgegenüber war die spezifisch deutsche Erinnerung bestimmt von der Hervorhebung von einzelnen pathologisierten „Verbrechern“. Von den – laut dem heutigen Stand der Forschung – über 42.000 Orten nationalsozialistischer Verbrechen in Europa, behauptete der Großteil der deutschen Bevölkerung nichts mitbekommen zu haben. Mit dem Abbruch der Entnazifizierung in der BRD, erhielt der Nationalsozialismus als eine aufzuarbeitende Geschichte, erst in den 1960er Jahren durch den Eichmannprozess und die Auschwitzprozesse wieder Beachtung – und das auch nur mit Widerstand gegen die in die Staatsapparate integrierte NS-Funktionseelite. Die Frage der Erinnerung blieb in Deutschland mit dem Versuch der Schuldloslösung verbunden. Die Etappen und Nuancen reichen vom Beschweigen und Verdrängen der Täter*innengeneration, der unvollständigen Anklage der 68er-Bewegung, bis hin zur öffentlichen Empörung über den Kniefall von Willy Brandt vor dem Ehrendenkmal des Warschauer Ghettos 1970. Dieser steht symptomatisch für die Veränderung der deutschen ‚Verleugnungsgemeinschaft‘ zu einer vermeintlichen vorbildlichen ‚Erinnerungsgemeinschaft‘, die schließlich um ihr Holocaust-Denkmal „benedet“ werden sollte. Demgegenüber dauerte es bis weit in die 2000er Jahre bis sowjetische Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter*innen, Homosexuelle sowie Sinti*zza, Rom*nja und Jenische als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt wurden. Bis heute müssen Opfer in der Rolle der Bittsteller*innen auftreten und bekommen Entschädigungszahlungen vorenthalten. Erst einmal widersprüchlich mag dies wirken, wo doch die Geschichte der Wiedergutwerdung der Deutschen zum hegemonialen Gründungsmythos der BRD gereift ist. Diese habe sich in Negation zum Nationalsozialismus gegründet und kämpfe nun aufrecht gegen das Böse. Deutscher Antisemitismus besteht in jener Erzählung nur in historischer Form. Doch die andauernde Verweigerungshaltung gegenüber Geschädigten macht es sehr

deutlich: Eine tatsächliche Aufarbeitung der Verbrechen und der gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Nationalsozialismus hervorgebracht haben, hat es nie gegeben. Die toten Jüdinnen*Juden dienen lediglich als Fundament einer neuen nationalen Selbstvergewisserung.

Antisemitismus, eine deutsche Normalität

Seit 2017 ist wieder eine faschistische Partei in den Bundestag eingezogen. Die Alternative für Deutschland (AfD) hat es geschafft, dem autoritären Bedürfnis und völkischem Denken in der deutschen Mehrheitsgesellschaft wieder einen offenen Platz zu geben. Mit dem Selbstbild als Erinnerungsweltmeister, kämpfte immer zugleich das Bedürfnis nach nationaler Selbstbeweihräucherung: Ein wirtschaftlich so erfolgreiches Volk, habe das Recht von Auschwitz nichts mehr hören zu müssen, meinte beispielsweise Franz Josef Strauß Ende der 1960er Jahre. Seit dem „Sommer der Migration“ 2015 finden Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, Verschwörungstheorien und die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen ein parteipolitisches Sammelbecken. Im Januar 2017 sprach der thüringische AfD-Vorsitzende Björn Höcke bei der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) in Dresden, bezogen auf das Holocaust-Denkmal, von einem „Denkmal der Schande“, das sich die Deutschen in das Herz ihrer Hauptstadt gepflanzt hätten. Höcke forderte ein Ende der „dämlichen Bewältigungspolitik“ und eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“. Diese bestehe nicht in einer „Vergangenheitsbewältigung als gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe“, sondern in einer „lebendigen Erinnerungskultur, die uns vor allen Dingen und zuallererst mit den großartigen Leistungen der Altvorderen in Berührung bringt“. Sein Parteikollege Alexander Gauland forderte in einer Rede im September 2017 auf einer Veranstaltung des sogenannten national-konservativen Flügels der AfD, dass „wir das Recht“ haben, „stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“. Martin Homann, der 2003 in einer Rede u.a. nach der Täterschaft von Jüdinnen*Juden in der Oktoberrevolution fragte und zu dem Schluss kam, dass sie mit der gleichen Berechtigung als „Tätervolk“ zu bezeichnen seien, wie Deutsche im Hinblick auf den Nationalsozialismus, zieht mit der AfD wieder als Abgeordneter in den Bundestag ein. Nach seiner antisemitischen Rede vor Mitgliedern eines CDU Ortsverbandes war er aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausgeschlossen worden. Angesichts dieser Entwicklungen

und der Verschiebung des Diskurses der etablierten Parteien nach rechts erscheint es daher nur folgerichtig, dass im Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl gefragt wurde, ob „der Völkermord an den europäischen Juden [...] weiterhin zentraler Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur sein“ solle.

Während in der deutschen Mehrheitsgesellschaft erneut in Frage gestellt wird, ob die Auseinandersetzung mit der Shoah relevant sei, sehen sich Jüdinnen*Juden in Deutschland zunehmend mit Antisemitismus konfrontiert. In einer Studie zum persönlichen Erleben und der Einschätzung von Antisemitismus bei Jüdinnen*Juden in Deutschland, die vom Bielefelder Institut für Konflikt- und Gewaltforschung 2017 durchgeführt wurde, zeigt sich deutlich die Normalität von Antisemitismus. Etwa dreiviertel der Befragten schätzt Antisemitismus weiterhin als „eher“ oder „sehr großes Problem“ ein. Der Staat Israel bleibt damit Zufluchtsort, eine Exit-Option für Jüdinnen*Juden. Ob es die deutsche Mehrheitsbevölkerung wahrhaben will oder nicht, ob sie es leugnet oder Antisemitismus ausschließlich in migrantischen Communities verortet: dieser ist weiterhin auch im Herzen der deutschen Mehrheitsgesellschaft anwesend. Antisemitismus macht „den Juden“ zur Projektionsfläche alles Schlechten. In komplexen Verhältnissen setzt er damit an die Stelle eines kritischen Denkens einen entmenschlichten Feind als einfache und abgeschlossene Erklärung. Er äußert sich in verschwörungstheoretischen Bedrohtheitsphantasien, in Dämonisierung des israelischen Staates oder ganz konkret in Schmierereien und körperlichen Angriffen. Letzteres zum Beispiel im April 2017 am Berliner Ostbahnhof als ein Mann mit einer Flasche beworfen und antisemitisch beleidigt wurde. Antisemitismus zu erfahren bedeutet für Betroffene alltägliche Aggressionen, Ausgrenzungen und Demütigungen. Gewalttätige Überfälle rufen wenig Solidarität hervor; antisemitische Schmierereien schockieren schon gar nicht mehr. Die Gesellschaft „gewöhnt“ sich an Gewalt und Verfolgung - und sie stimmt mit ein. Zugleich fliegen rechte Terrorzellen auf, die Waffen gesammelt, Listen mit Personen angelegt und staatliche sowie militärische Verbindungen hatten. Aber die potentiell tödliche Bedrohung, die von ihnen ausgeht, reicht nur für maximal zwei bis drei erschrockene Zeitungsartikel. Als hätte es den „Nationalsozialistischen Untergrund“ nie gegeben - die von ihm Ermordeten, seine Ausspähung jüdischer Einrichtungen z.B. der Synagoge in der Rykestraße und seine Listen mit Anschlagszielen.

Antisemitismus zu erfahren bedeutet für Betroffene alltägliche Aggressionen, Ausgrenzungen und Demütigungen. Gewalttätige Überfälle rufen wenig Solidarität hervor; antisemitische Schmierereien schockieren schon gar nicht mehr. Die Gesellschaft „gewöhnt“ sich an Gewalt und Verfolgung - und sie stimmt mit ein.

ERINNERN HEISST HANDELN

Esther Bejarano,
Auschwitz-Komitee

Wenn wir heute an die Novemberpogrome von 1938 erinnern, heißt das, dass wir ihrer Opfer gedenken, ihnen Namen und Geschichte geben. Es heißt auch, dass wir antifaschistisch wachsam sind gegenüber einer Gesellschaft, derer autoritäre und ressentimentgeladene Tendenzen wieder offener zu Tage treten. Die Novemberpogrome stellten einen ersten Höhepunkt der antisemitischen Verfolgung dar, aber passierten nicht aus dem Nichts heraus. Die deutsche Gesellschaft stimmte in die Vernichtungspolitik ein. „Aus der Erfahrung unseres Lebens sagen wir: Nie mehr schweigen, wegsehen, wie und wo auch immer Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit hervortreten!“ Dies haben uns die überlebenden Opfer des Nationalsozialismus und lebenslange Kämpfer*innen immer wieder aufgetragen, sie haben uns begleitet, unterstützt und ermutigt. Sie haben uns erklärt, was es bedeutet, als Geflüchtete*r leben zu müssen, was es bedeutet, nicht mehr als Mensch betrachtet zu werden. Wir werden unsere Kämpfe bald ohne sie führen und eigene Worte und Wege finden müssen. Dem Gedenken an die deutschen NS-Verbrechen auch weiterhin Gehör zu verschaffen sowie Konsequenzen daraus einzufordern, bleibt eine der wichtigsten Aufgabe für alle Antifaschist*innen.

In diesem Sinne: Kommt am 9. November um 17 Uhr, zur Gedenkkundgebung und antifaschistischen Demonstration nach Moabit!

Termine

Im Vorfeld der Gedenkkundgebung und antifaschistischen Demonstration wird es auch in diesem Jahr wieder begleitende Veranstaltungen geben. Weitere Termine und genauere Beschreibungen finden sich auf unserer Homepage:
<http://9november.blogspot.eu>

Filmvorführung

Sobibor, 14. Oktober 1943, 16 Uhr
Freitag 27. Oktober | 20.30 Uhr |
Schloss19 (Schlossstraße 19,
Berlin-Charlottenburg)

Vortrag und Diskussion

Erinnern ohne Zeitzeug*innen
Montag 30. Oktober, 19.30 Uhr,
Aquarium (Skalitzer Str. 6,
Berlin-Kreuzberg)

Filmabend

München 1970. Als der Terror zu uns kam
von Georg M. Hafner
Dienstag 31. Oktober, 20.00 Uhr,
Projektraum H48, Hermannstraße 48,
Berlin-Neukölln

Lesung

Die Novemberpogrome
und die Evangelische Kirche
Karsten Krampitz liest aus seinem
neuen Buch „Jedermann sei untertan“
Donnerstag 02. November, 20 Uhr,
Dorotheenstädtische Buchhandlung,
Turmstr. 5, Berlin-Moabit

Vortrag und Diskussion

Antisemitismus, Israel und die AfD
Montag 06. November, 19.00 Uhr |
Aquarium (Skalitzer Str. 6,
Berlin-Kreuzberg)

9. 11. 2017

